



SP-Schwerpunkte: Soziale Gerechtigkeit, Kaufkraft und erneuerbare Energien

SP

klar.sozial

SP Schweiz
Spitalgasse 34
Postfach 7876
3001 Bern
Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

www.spschweiz.ch

Bild Titelseite: EX-PRESS
Gestaltung/Layout: Atelier Kurt Bläuer, Bern
Druck: Länggass Druck AG, Bern

September 2008

SP-Schwerpunkte: Soziale Gerechtigkeit, Kaufkraft und erneuerbare Energien

Die SP ist die Partei für soziale Gerechtigkeit und für Erneuerung. Auf dieser Basis wird sie in den kommenden drei Jahren politisieren. Und darauf beruhen auch ihre drei Schwerpunktthemen:

- **Soziale Gerechtigkeit – Sicherheit und Perspektiven**
- **Kaufkraft – Löhne rauf, Preise runter**
- **Energieversorgung – erneuerbar statt atomar**

Diese drei Bereiche hat das Präsidium der SP nach einer intensiven Analyse als Schwerpunkte der Partei gesetzt. In dieser Broschüre sind die Überlegungen, die hinter dieser Gewichtung stecken, und die damit verbundenen Ziele knapp dargestellt.

Vielen Dank für die Unterstützung bei der gewaltigen politischen Arbeit, die uns bevorsteht.



Christian Levrat
Präsident der SP Schweiz



Das Präsidium der SP Schweiz
(v.l.n.r): Stéphane Rossini
(Vizepräsident), Thomas Christen
(Generalsekretär), Marina Carobbio
Guscetti (Vizepräsidentin), Chris-
tian Levrat (Präsident), Pascale
Bruderer (Vizepräsidentin),
Silvia Schenker (Vizepräsidentin),
Jacqueline Fehr (Vizepräsidentin),
Ursula Wyss (Fraktionspräsidentin).

1. Soziale Gerechtigkeit – Sicherheit und Perspektiven

Wir wollen eine soziale Schweiz. Die Verteidigung und Weiterentwicklung der sozialen Errungenschaften ist zentral für die Menschen. Die SP verfolgt daher eine Sozialpolitik, die auf zwei Pfeilern steht: Sicherheit und Perspektiven – der nachsorgende und der vorsorgende Sozialstaat.

Pfeiler 1: Sicherheit

Kein Sozialabbau ...

Menschen, die aufgrund ihres Alters, ihres Gesundheitszustands, eines persönlichen Schicksalsschlags oder wegen wirtschaftlichen Umwälzungen vorübergehend oder dauerhaft nicht für ihr Einkommen aufkommen können, haben Anrecht auf soziale Sicherheit. Der nachsorgende Sozialstaat muss bei Notlagen ohne Wenn und Aber eingreifen. Die Schweiz kann stolz sein auf ihre Sozialwerke. Die SP ist und bleibt Garant für diese Errungenschaften nicht aufs Spiel gesetzt und dass Lücken im Netz gestopft werden. Die SP wird jede sozialpolitische Vorlage auf Sozialabbau prüfen und sich gegen einseitige Abbauvorlagen wehren.

Die für die SP zentralen Vorlagen der kommenden Jahre sind:

- **Kein Rentenabbau:** Die SP wird sich für eine soziale 11. AHV-Revision einsetzen, für eine Flexibilisierung der AHV für Frauen und Männer und gegen zusätzlichen Rentenklau in der 2. Säule (Mindestzins, Umwandlungssatz).
- **Solide Arbeitslosenversicherung:** Die SP engagiert sich für eine ausgewogene Revision der Arbeitslosenversicherung, damit diese auch im Hinblick auf wirtschaftlich schwierige Zeiten fit ist.
- **Stärkung der IV:** Die SP setzt sich für die dringend benötigte Zusatzfinanzierung der IV und gegen eine weitere IV-Abbaurevision ein.

... und eine Modernisierung der Sozialwerke

Die SP stellt sich auch den gesellschaftlichen Veränderungen: Die Entwicklung der Lebens- und Produktionsweisen, die veränderten Rollen der Geschlechter wie auch der sozialen Probleme verlangen nach einer Anpassung der Sozialsysteme. Diese sind zwar qualitativ hoch stehend, aber auch komplex und deshalb immer schwieriger zu verstehen und zu steuern. Eine Gesamtsicht ist kaum mehr möglich, der



Bild: Keystone

Koordinationsbedarf hoch. Hinzu kommt, dass die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen die Situation zusätzlich kompliziert. Bei den Sozialversicherungen geht es um Menschen – und nicht darum, Kosten von einer Kasse zur anderen zu verschieben, von einer Ebene auf die nächste abzuwälzen. Es ist notwendig, die Struktur der sozialen Gerechtigkeit zu überdenken und dem ganzen System mit einer Reform wieder Kohärenz zu verleihen.

Ein möglicher Weg zur Reform der sozialen Sicherheit ist die neue Bündelung der zahlreichen bestehenden gesetzlichen Grundlagen in die vier Hauptbereiche «Alter» (AHV, BVG, EL), «Gesundheit und Pflege» (KVG, UVG, IV), «Verdienstausschluss» (ALV, Wiedereingliederungsmassnahmen aus IV, UVG) und «Familie» (EL für Familien, Alimente, etc.). Die SP Schweiz will sich in Zusammenarbeit mit den Kantonalparteien dafür einsetzen, dass das System der sozialen Sicherheit den Anforderungen einer modernen Gesellschaft genügt. Sie wird in den kommenden zwei Jahren konkrete Vorschläge und Projekte präsentieren.

Pfeiler 2: Perspektiven

Neben der Absicherung muss die Sozialpolitik den Menschen Perspektiven eröffnen, sie in ihrer Situation stärken und ihre Chancen erhöhen, nicht in eine Notlage zu geraten. Der Staat muss alles unternehmen, um zu verhindern, dass soziale Notlagen überhaupt entstehen. Er muss die Menschen vor Armut schützen, sie befähigen, sich den Herausforderungen zu stellen und mit den sich ändernden Anforderungen fertig zu werden.

Investieren wir nicht energisch in den Pfeiler «Perspektiven», kostet uns der Pfeiler «Sicherheit» ein Mehrfaches: So ist ein Krippenplatz, der einer allein erziehenden Person eine existenzsichernde Arbeit ermöglicht, wesentlich billiger als die Sozialhilfe für die betreffende Familie. Ebenso eindeutig ist die Rechnung, wenn man die Kosten für Jugendliche ohne Ausbildung und Job mit entsprechend schlechter Perspektive auf dem Arbeitsmarkt mit den Kosten für die Förderung von Integrations- und Brückenangeboten sowie Lehrstellen vergleicht. Kurz: Mit einer Politik, die sich um die Vermeidung von Notlagen kümmert, können wir menschliches Leid vermeiden und Kosten sparen. Jede Investition in den «Vorsorge»-Pfeiler rechnet sich.

Eine vorsorgende Sozialpolitik begreift Bildungs- und Familienpolitik als zentrale Bestandteile der Sozialpolitik – der wichtigste Faktor für das Scheitern auf dem Arbeitsmarkt ist fehlende Bildung, der zweitwichtigste sind betreuungspflichtige Kinder.

In der Bildungspolitik setzt sich die SP in den kommenden Jahren prioritär ein für:

- Flächendeckende Einführung von Tagesschulen und Frühförderung
- Stärkung der Berufsbildung – kein Abschluss ohne Anschluss
- Harmonisierung und Ausbau der Stipendien via Mindeststandards

In der Familienpolitik stehen Investitionen in die breitere Zugänglichkeit der bestehenden Angebote im Vordergrund:

- Die SP will die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken, mit familienergänzenden und bezahlbaren Betreuungsplätzen, flächendeckenden Tagesschulen und einem echten Elternurlaub

Zudem ist auch eine stabile und gesunde Arbeitssituation nicht nur ein wichtiger Faktor der finanziellen Absicherung. Investitionen in die Aufrechterhaltung der Arbeits(markt)fähigkeit von Menschen mit Behinderung oder älteren Menschen, eine bessere Integration der Frauen in die Arbeitswelt sind zentrale Bestandteile einer vorsorgenden Sozialpolitik.

2. Kaufkraft – Löhne rauf, Preise runter

Die bürgerliche Wirtschaftspolitik hat in den letzten zehn Jahren zu einem Rückgang der Kaufkraft geführt. Jede einzelne Person hat weniger im Portemonnaie. Die Haushalte zahlen hohe Preise, gleichzeitig ist der Wirtschaftsaufschwung an den Einkommen vieler Schweizerinnen und Schweizer spurlos vorbei gegangen. Sollte sich die Konjunktur abkühlen, wird die Kaufkraft noch wichtiger, um den Wirtschaftsmotor in Gang zu halten. Die SP setzt auf zwei Massnahmen: Erstens eine Erhöhung der Einkommen, zweitens eine Senkung der Ausgaben.

Löhne rauf!

Die SP will, dass die Einkommen in der Schweiz in den kommenden Jahren steigen. Sie konzentriert sich auf drei Bereiche:

- *Erhöhung der Löhne:* Die Löhne sind in den letzten Jahren nicht im gleichen Masse wie die Produktivität gestiegen. Die SP fordert eine substantielle Lohn-erhöhung, Mindestlöhne und die Lohngleichheit von Frau und Mann.
- *Erhöhung der (Mindest-)Renten und der Kinderzulagen*
- *Steuergerechtigkeit:* Die SP ist die Partei für Steuergerechtigkeit. Im Vordergrund stehen die Bekämpfung des Missbrauchs beim Steuerwettbewerb (eingereichte Steuergerechtigkeitsinitiative) und die Entlastung der Familien, bevor einmal mehr die Reichen steuerlich beschenkt werden (Kampf gegen die Mitarbeiterbeteiligung, gegen den unsozialen Einheitssteuersatz der Mehrwertsteuer, gegen Pauschalbesteuerung). Die Rechnung ist schnell gemacht: Je stärker die obersten Einkommen entlastet werden, desto grösser wird die Belastung durch Steuern und Gebühren für mittlere und untere Einkommen.

Preise runter!

Die Schweizer Haushalte zahlen zu hohe Preise. Mitschuldig ist eine verfehlte (Wirtschafts-) Politik. Die SP konzentriert sich auf drei Bereiche:

- *Senkung der Lebenskosten:* Strom, Medikamente und Lebensmittel müssen billiger werden. Hier stehen verschiedene konkrete Vorlagen an. Die SP setzt sich



Bild: EX-PRESS

für Parallelimporte, für Cassis-de-Dijon sowie für ein Freihandelsabkommen mit der EU ein.

- *Senkung der Mieten:* Die Mietkosten machen einen grossen Teil der Haushaltskosten aus. Mit der Wohnungsnot in den Städten steigen die Mieten zusätzlich. Hier muss wirksam der Hebel angesetzt werden, etwa mit einer Senkung der Nebenkosten oder mit der Förderung des sozialen Wohnungsbaus.
- *Senkung der Krankenkassenprämien:* Die Krankenkassenprämien steigen und steigen. Für die SP ist klar: Niemand muss mehr als 8 Prozent des Einkommens für die Krankenkassen ausgeben.

3. Energieversorgung – erneuerbar statt atomar

Es ist heute weit gehend unbestritten, dass die Gesamtversorgung der Schweiz mit erneuerbaren Energien und durch die Förderung der Energieeffizienz technisch möglich ist (vgl. z.B. Studie Avenir Suisse von 2008). Was fehlt, ist der politische Wille.

100 Prozent erneuerbar

Die SP will zeigen, dass 100 Prozent erneuerbar nicht nur technisch machbar, sondern auch ökonomisch sinnvoll ist. Ökologische, ökonomische und soziale Anliegen werden nachhaltig verknüpft: Die Versorgung der Schweiz mit erneuerbaren Energien bindet den grössten Teil der Energieausgaben im Inland und schafft damit Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Die Bevölkerung profitiert doppelt: erstens dank tieferer Energiekosten, zweitens dank nachhaltiger Wirtschaftsförderung im Inland durch die Schaffung tausender anspruchsvoller und zukunftsträchtiger Arbeitsplätze, auch in Randregionen. Dies ist wesentlich sinnvoller, als dass immer mehr Milliarden in die OPEC fließen.

Noch in diesem Jahr gibt der Bundesrat die Revision des CO₂-Gesetzes (Klimagesetz) in die Vernehmlassung. Die SP verlangt eine CO₂-Reduktion um mindestens 30 Prozent bis 2020. Diese soll aus ökologischen und ökonomischen Gründen im Inland realisiert werden – durch die Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Zudem werden parlamentarisch in nächster Zeit zwei Debatten geführt: Aufheben der finanziellen Obergrenze für die Förderung erneuerbarer Energien (insbesondere Solarzellen). Und die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe für ein Gebäudesanierungsprogramm. Diese wirkt sich unter anderem positiv auf die Mietnebenkosten aus.

Neben den anstehenden parlamentarischen Geschäften verfolgt die SP im Bereich Energiepolitik zwei Hauptziele:

- Förderung der erneuerbaren Energien – Glaubwürdige Alternativen zum Atomstrom aufzeigen und Abhängigkeit von Erdöl und Gas reduzieren
- Verhindern eines neuen AKW



Bild: Keystone

Diese beiden Ziele möchte die SP folgendermassen erreichen:

Ziel 1: Die Energiepolitik wird in der Schweiz auf nationaler wie auch auf kantonaler Ebene gemacht. Auf kantonaler Ebene wird die SP Initiativen lancieren, die eine 100 Prozent Versorgung mit erneuerbaren Energien fordern. National verlangt die SP Schweiz eine moderne Energiepolitik, die auch nachhaltige Arbeitsplätze schafft. Zum Beispiel mit einem «energetischen Impulsprogramm» (im Hinblick auf die drohende Verschlechterung der Wirtschaftslage muss frühzeitig gehandelt werden). Dieses soll einerseits erneuerbare Energien stärker fördern, indem bei der kostendeckenden Einspeisevergütung die Obergrenze wegfällt. Andererseits soll ein nationales Gebäudeprogramm 100 000 Solardächer schaffen und 100 000 Ölheizungen ersetzen.

Ziel 2: Die SP wird das Referendum gegen ein neues AKW ergreifen, mit einer Einsprache gegen das Gesuch um unbefristete Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg kämpfen und in der Anti-Atom-Allianz eine führende Rolle übernehmen.

